



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

23. August 2024
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Höhere Löhne statt niedrigeres Bürgergeld!

In den letzten Wochen haben Zehntausende erfahren, dass sie ihre Arbeit verlieren. Die Mode-Ketten Esprit und Sinn haben Insolvenz angemeldet: 2.800 Menschen werden arbeitslos. Auch Konzerne, die Milliarden Gewinne machen, kündigen die Schließung von Betrieben und Massenentlassungen an: 14.000 Stellen beim Autozulieferer ZF, 7.000 bei Bosch, 5.500 bei Continental, 10.000 bei SAP, 30.000 bei der Bahn...

Hinzu kommen all die Arbeitsplätze, die die Großbetriebe bei den kleinen Subfirmen und Zulieferern vernichten. Ganz zu schweigen von den über 250.000 Leiharbeitern, die in den letzten zwei Jahren ersatzlos entlassen wurden. Fast überall versuchen sie noch mehr Stellen zu streichen und den Übrigen noch mehr Arbeit aufzuhalsen. Und wer das gesundheitlich nicht schafft, soll verschwinden: Immer häufiger werden Arbeitende mit „Gesprächen“ nach jedem Krankenschein unter Druck gesetzt, entweder krank arbeiten zu kommen oder den Betrieb zu verlassen.

Mit diesen Methoden wollen die Konzerne sicherstellen, dass sie trotz der weltweiten Wirtschaftsflaute weiter Rekordgewinne machen und ihre Aktionäre beglücken. Mit Erfolg! Die Großaktionäre in Deutschland sind letztes Jahr noch reicher geworden: 10% mehr sind Multi-Millionäre geworden. Und deren Finanzvermögen ist auf 1.900 Milliarden Euro angewachsen.

Und was macht die Regierung? Geht sie gegen diese Super-Reichen vor, die für ihre Gewinne noch mehr Arbeitslosigkeit und noch mehr Überlastung in den Betrieben schaffen? Oder schafft sie wenigstens selber mehr Arbeitsplätze in den Krankenhäusern, Kitas, bei der Bahn? Nein, im Gegenteil. Stattdessen greift die Regierung diejenigen an, die entlassen werden.

Mit einem neuen Gesetz zum Bürgergeld will sie sie zwingen, künftig jede Arbeit mit einem Arbeitsweg von bis zu drei (!) Stunden annehmen zu müssen. Wer bei Esprit oder Bosch entlassen

wird und ins Bürgergeld rutscht, soll künftig also jeden Job annehmen müssen, bei dem er in Vollzeit 12 Stunden und länger unterwegs ist... für 1.400 Euro netto. Und wer auch nur ein Mal so einen Job ablehnt, soll bis zu drei Monate lang 30% weniger Bürgergeld bekommen – sprich von 390 Euro im Monat leben müssen.

CDU, FDP, AfD und dem Kapital reicht selbst das noch nicht. Sie fordern, dass das Bürgergeld für alle sinken oder sogar ganz gestrichen werden soll.

Jeder von uns kann morgen auf Bürgergeld angewiesen sein – selbst diejenigen, die sich dies heute nicht vorstellen können. Wie viele bei BASF oder SAP haben gedacht, sie hätten einen sicheren Job? Wie viele können jedes Jahr aus gesundheitlichen Gründen ihren Beruf nicht weitermachen?

Und trotzdem haben es die Politiker geschafft, uns das Gefühl zu geben, dass jede Verschlechterung beim Bürgergeld in unserem Interesse wäre.

Die Politiker, die selber im Monat 11.200 Euro an Diäten kassieren (bezahlt von den Steuern), stellen ernsthaft diejenigen, die von Bürgergeld leben müssen, als „Privilegierte“ hin. Sie erklären uns, dass das Bürgergeld noch weiter sinken müsse – „aus Gerechtigkeit für die hart arbeitende LIDL-Verkäuferin, die kaum mehr Geld im Monat zur Verfügung hat“.

Doch FDP, CDU oder AfD hat man nicht gehört, als eben diese Verkäuferinnen fast ein Jahr lang immer wieder für höhere Löhne gestreikt haben. Da haben diese Politiker keine Kampagne gestartet, gegen die wahre Ungerechtigkeit: Dass LIDL-Verkäuferinnen so wenig verdienen und so hart arbeiten müssen, damit die reichsten deutschen Kapitalisten wie LIDL-Besitzer Schwarz noch mehr Milliarden anhäufen können.

Im Gegenteil, die Kampagne gegen das Bürgergeld soll genau davon ablenken. Wenn wir vollkommen erledigt von der Arbeit nach Hause kommen und nach Abzug der hohen Miete, Energiekosten

und Kita-Beitrag nur wenig mehr zum Leben übrig haben als jemand, der auf Bürgergeld angewiesen ist – dann sollen wir auf letztere wütend sein statt auf die Bosse, die uns so niedrige Löhne zahlen und uns immer mehr Arbeit aufdrücken.

Ihre Kampagne soll außerdem dafür sorgen, dass wir die Verschlechterungen beim Bürgergeld unterstützen. Doch damit schneiden wir uns ins eigene Fleisch – und zwar gewaltig. Denn Verschärfungen beim Bürgergeld sind für die Kapitalisten eine der besten Waffen, um unser ALLER Arbeitsbedingungen noch mehr zu verschlechtern.

Warum sollte ein Chef jemandem schließlich 2.000 netto bieten, wenn er den Job auch für 1.400 Euro macht – weil ihm sonst das Bürgergeld so stark gekürzt wird, dass es kaum noch fürs Essen reicht? Jede Verschlechterung des Bürgergelds ermöglicht es den Kapitalisten, neue Arbeitende zu noch schlechteren Bedingungen einzustellen.

Und es erleichtert ihnen im Betrieb anzugreifen: Denn Arbeitende, die sich vielleicht gewehrt oder gekündigt hätten, werden sich einmal mehr überlegen, ob sie die schlechten Bedingungen nicht doch akzeptieren – aus Angst, sonst vielleicht ins Bürgergeld abzustürzen. Gerade in der derzeitigen weltweiten Wirtschaftskrise wollen die Kapitalisten uns mehr denn je auspressen, zu möglichst geringen Löhnen. Es ist daher kein Zufall, dass sie gerade jetzt eine so hartnäckige Kampagne gegen das Bürgergeld führen.

Lassen wir nicht länger zu, dass reiche Kapitalisten und ihre Politiker uns spalten und uns erzählen, wem es von uns angeblich noch „zu gut“ geht.

Tun wir uns im Gegenteil zusammen und kämpfen dafür, dass es uns Allen wieder besser geht: Angefangen damit, dass wir Konzerne und Staat zwingen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen statt sie zu vernichten – und zwar mit Löhnen, von denen man würdig eine Familie versorgen kann. Geld genug ist dafür da – in den Taschen der Aktionäre!

Der Frieden wird nicht von den Herrschenden kommen

Nicht im Nahen Osten

Seit Wochen versucht die US-Regierung die Hoffnung zu verbreiten, ihre Verhandlungen könnten Frieden in Gaza bringen. Doch während sie verhandeln, geht der Terror der israelischen Armee unvermindert weiter. Israelische Soldaten berichten, wie ihre Vorgesetzten ihnen befehlen, systematisch die palästinensische Zivilbevölkerung zu beschießen, Zivilisten in verminten Häuser zu schicken... Ganz zu schweigen von dem Terror durch ständige Bombenangriffe, fehlendes Trinkwasser und Nahrung. Nach 25 Jahren droht zum ersten Mal eine Epidemie von Kinderlähmung, weil die Säuglinge durch den Krieg keine Impfungen und kein sauberes Wasser bekommen.

Und während die US-Regierung über Frieden spricht, verkauft sie Israel weitere Waffen im Wert von 20 Milliarden Dollar – für die Fortsetzung des Krieges! Selbst wenn es irgendwann ein Waffenstillstandsabkommen geben sollte, würde dies die Ursachen des Krieges – die Unterjochung der Palästinenser – nicht beseitigen. Es wäre im besten Fall eine Pause vor den nächsten Kämpfen.

Der Nahe Osten ist wegen des Erdöls extrem wichtig. Seit Jahrzehnten mischen sich die imperialistischen Großmächte deshalb in dieser Region ein. Mit ihren Machtkämpfen haben sie die Region bereits in ein Pulverfass mit immer wieder aufflammenden Kriegen verwandelt. Und sie verschlimmern die Lage immer weiter.

Wir haben es gerade erst wieder erlebt. Nachdem die israelische Regierung vor wenigen Wochen bewusst den Iran militärisch provoziert hat und alle einen Gegenschlag befürchtet haben, haben die USA und die EU sofort erklärt, dass sie in dieser Auseinandersetzung „zu 100% hinter Israel“ stehen. Die USA haben sofort zwei Flugzeugträger in die Region verlegt. Und die CDU hat darüber diskutiert, ob man nicht auch die Bundeswehr zur Unterstützung Israels schicken sollte.

Die imperialistischen Mächte würden notfalls also sogar einen größeren Krieg in Kauf nehmen, um ihren wichtigsten Verbündeten Israel und damit ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen in der Region zu schützen. In einem solchen System kann es keinen Frieden für die Bevölkerungen geben.

Nicht in der Ukraine

In der Ukraine ist es nicht anders. Zwar haben beide Seiten mittlerweile erklärt, dass man eigentlich verhandeln sollte. Doch selbst wenn sie irgendwann einen Waffenstillstand aushandeln sollten, sind die Ursachen des Krieges – der wirtschaftliche und politische Machtkampf zwischen der NATO, der EU und Russland nicht beseitigt. Im Gegenteil: In Moldau und Georgien hat bereits der nächste Machtkampf zwischen beiden Seiten (Russland und der EU) begonnen, da NATO und EU diese Länder – genau wie die Ukraine zuvor – mit aller Macht in ihr Einflussgebiet herüberziehen wollen.

Ganz zu schweigen von der gerade be-

schlossenen Stationierung von US-Langstreckenraketen in Deutschland, die in wenigen Minuten Moskau erreichen können und mit denen die deutsche und die US-Regierung sich und uns auf Kriege noch ganz anderer Größenordnungen vorbereiten.

Bereits die zunehmenden Meldungen (möglicher) Sabotage-Akte und Terrorgefahren hier in Deutschland sind eine zwangsläufige Folge der Kriegspolitik, die die deutsche Regierung in der Ukraine und im Nahen Osten betreibt... und mit der sie uns alle immer weiter in eine Kriegsspirale hineinziehen.

Diese Spirale wird sich weiterdrehen, bis auch wir irgendwann Einzugsbefehle und Bomben erleben werden – wenn wir sie machen lassen!

Deutschland: Keine Regierung wird Frieden bringen

Angesichts der offen kriegesischen Politik der Regierung, die zu Recht immer mehr Menschen beunruhigt, versprechen mehrere Oppositionsparteien, sie würden für Frieden sorgen... wenn wir sie wählen würden.

Vor allem Sarah Wagenknecht tut sich hier hervor. Sie verspricht, für eine „dauerhafte Friedensarchitektur für Europa“ zu sorgen. Man müsse nur endlich wieder „Diplomatie wagen“ und alle an einen Tisch kommen. Als wäre es im Kapitalismus einfach möglich, die Interessen aller Großmächte miteinander zu versöhnen – und die wachsende Kriegsgefahr gäbe es nur aufgrund unfähiger Politiker!

In Wahrheit stehen die Konzerne – und ihre jeweiligen Staaten – in einem tiefen, unversöhnlichen Konkurrenzkampf. Diesen Konkurrenzkampf führen sie mit wirtschaftlichen, mit politischen und notfalls eben auch mit militärischen Mitteln. Ob in der Ukraine, im Nahen Osten, im Kongo oder vor der Küste Chinas: Alle diese militärischen Auseinandersetzungen sind in Wahrheit eine Folge des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes um Rohstoffe, Absatzmärkte und Einflussgebiete. Und je tiefer die weltweite Wirtschaftskrise wird, desto aggressiver und unversöhnlicher wird der Konkurrenzkampf und desto mehr führen ihn alle kapitalistischen Staaten auch mit militärischen Mitteln.

Darauf zu hoffen, dass eine Regierung uns Frieden im Kapitalismus bringen kann, ohne das kapitalistische Wirtschaftssystem zu beseitigen, ist so wie darauf zu hoffen, dass eine Regierung im Kapitalismus Arbeitslosigkeit und Armut beseitigen wird. Politiker wie Wagenknecht, die diese Illusion schüren, lenken von der lebenswichtigen Frage ab, wie wir Kriege wirklich verhindern können.

Noch gefährlicher ist zu glauben, die AfD könne uns Frieden bringen. Wenn sie die Ukraine-Politik der Regierung kritisiert, dann nicht, weil sie das Leid der Bevölkerung beenden will, sondern weil sie denkt, mit einer anderen Außenpolitik, mit anderen militärischen Bündnissen die Interessen der deutschen Wirtschaft (sprich der deutschen Konzernbosse) besser vertreten zu können. Sie ist jederzeit bereit, für deren Interessen Krieg zu führen. Nicht umsonst fordert sie sogar noch mehr Geld für die Aufrüstung der Bundeswehr. Und ihre Losung „Deutschland zuerst“ ist die beste ideologische Vorbereitung für den nächsten Krieg. Nicht viel anders waren die Schlachtrufe im 1. und 2. Weltkrieg.

Wenn wir die Kriegsspirale wirklich aufhalten und Frieden wollen, müssen wir Arbeitenden selber den Kampf aufnehmen. Nur wenn wir den Kapitalismus stürzen, wenn die einfache Bevölkerung, die als einzige kein Interesse am Krieg hat, selber die wirtschaftliche und politische Macht übernimmt, dann kann es wirklich eine „Politik der Vernunft und des Friedens“ geben.

Bangladesch:

Im Land der Textil-Fabriken stürzen Massenproteste die Regierung

In Bangladesch haben wochenlange Massenproteste die Regierung gestürzt. Es begann eigentlich mit einer „Kleinigkeit“. Die Regierung hat versucht, ein Gesetz durchzubringen, dass vielen jungen Leuten die Chance auf einen Studienplatz und damit auf eine zumindest etwas weniger schlecht bezahlte Arbeit genommen hätte. Die Jugendlichen begannen dagegen zu protestieren. Doch schnell richtete sich der Protest gegen die ganze Misere: die Massenarbeitslosigkeit, die Korruption, die extreme soziale Ungleichheit, die Armut...

Die Regierung ließ auf die Demonstrierenden schießen. Mehrere hundert wurden getötet, tausende willkürlich festgenommen. Doch statt die Bewegung dadurch zu ersticken, ergriff die Empörung immer breitere Teile der Bevölkerung.

Bangladesch ist eines der größten Zentren der Textilindustrie. Von H&M bis Hugo Boss lassen fast alle großen westlichen Marken hier ihre Kleidung fertigen – hauptsächlich von Frauen, die zu extrem niedrigen Löhnen und schlechten Bedingungen ausgebeutet werden. Immer wieder haben die Arbeiter*innen allerdings den Kapitalisten mit massiven, kämpferischen Streiks die Stirn geboten.

Nun hatten offensichtlich sowohl die westlichen Kapitalisten wie ihre Zulieferer vor Ort Sorge, welche Folgen die Ausweitung der Massenproteste wohl in den Fabriken haben könnte. Die Kapitalisten – ebenso wie die Armee – haben daher der Regierung die Unterstützung entzogen. Als Massendemonstrationen auf den Regierungspalast zumarschierten, kamen sie ihr nicht mehr zur Hilfe... und die Ministerpräsidentin floh vor der Bevölkerung mit einem Helikopter ins Ausland.

Stattdessen versucht die Armeeführung so zu tun, als wären sie auf Seiten der

nem Friedensnobelpreisträger, der für Mikro-Kredite an arme Bauern und Handwerker eingetreten ist und daher der Regierung den Anstrich einer „Regierung auf Seiten der Armen“ verleiht.

Doch hinter der Regierung steht derselbe alte Machtapparat: dasselbe Militär, das noch kurz vorher auf Demonstranten geschossen und vor wenigen Monaten im Dienst der Kapitalisten streikende Arbeiterinnen erschossen hat. Für die einfache Bevölkerung kann sich nur wirklich etwas ändern, wenn diese wirklichen Machthaber – Armee und Kapitalisten – gestürzt und alles von der Bevölkerung übernommen wird.

Weil die verhasste Polizei sich aus Teilen der Öffentlichkeit zurückziehen musste, haben Demonstranten diese Aufgaben bereits übernommen. Sie regeln den Verkehr und schützen öffentliche Einrichtungen. Was fehlt, sind wie in so vielen Revolten der letzten Jahre politische, revolutionäre Arbeiteraktivisten, die das Bewusstsein verbreiten, dass sie nicht dabei stehen bleiben dürfen, sondern die gesamte Leitung und Organisation der Gesellschaft in die eigene Hand nehmen müssen.



Bevölkerung – um in Wahrheit tiefergehende Änderungen zu verhindern. Nach dem Sturz der Regierung hat sie die Dinge in die Hand genommen und eine Übergangsregierung gebildet, mit Muhammad Yunus an der Spitze – ei-

„Krank durch die Arbeit? Bei VW doch nicht.“

Die Witwe eines VW-Arbeiters hat 20 Jahre vor Gericht dafür kämpfen müssen, dass der Lungenkrebs ihres mittlerweile verstorbenen Mannes als Berufskrankheit anerkannt wird und sie eine höhere Rente erhält.

Jahrelang hatte ihr Mann in der Gießerei von VW bei Kassel mit Handschuhen gearbeitet, die Asbest enthielten. Doch obwohl bekannt ist, dass Asbest diesen Krebs auslöst und obwohl eine ganze Reihe Arbeiter dieser Gießerei daran erkrankt sind, haben sich der angeblich so „soziale“ VW-Konzern und die Berufsgenossenschaft geweigert, die Berufskrankheit anzuerkennen. Stattdessen haben sie in ihrer üblichen Arroganz erklärt, der Arbeiter sei selber schuld gewesen, weil er ja... geraucht hätte!

Sie haben ihre eigenen Gutachter als unabhängige Experten hingestellt, und die Gerichte haben jahrelang mitgespielt. Doch trotz der Übermacht, der zermürbenden Hinhalte-Taktik und den drohenden Gerichtskosten hat die Witwe nicht aufgegeben und am Ende gewonnen. Nun will sie weitere Betroffene und ihre Familien ermutigen, ebenfalls den Kampf aufzunehmen.

Essener Polizisten prügeln auf Mallorca... genau wie zuhause

Vier deutsche Männer, darunter Polizisten aus Essen, haben auf Mallorca einen 71-jährigen Taxifahrer krankenhaushausreif geschlagen... weil sie ihn verdächtigten, eines ihrer Handys gestohlen zu haben, das in Wahrheit in ihrer Tasche war.

Die Essener Polizeiwache war vorher schon berüchtigt: In den letzten Jahren haben rassistische Polizisten hier immer wieder ärmere Migranten aus der Arbeiterklasse grundlos zusammengeschlagen – einfach, weil sie sie verachten. Doch sie alle sind weiter im Dienst. Denn der Staat hält halt seine Hand über diejenigen, die seine kapitalistische „Ordnung“ schützen – erst recht, solange nur Ärmere und Migranten dabei zu Schaden kommen.

Die Essener Polizisten fühlten sich auf Mallorca offensichtlich wie zuhause und verhielten sich dementsprechend. Sie zückten sogar ihre Dienstaussweise, um zu zeigen, dass sie die Macht und das Recht hätten, das Taxi zu durchsuchen und dann dem Fahrer die Knochen zu brechen. Nur haben sie vergessen, dass sie diesmal selber die Ausländer waren.

Thyssenkrupp:

Mit den Kapitalisten gibt es keinen Frieden

Am Donnerstag, den 22. August, haben mehrere tausend Arbeiter von Thyssenkrupp Steel (TKS) in allen Stahlwerken in NRW – unangekündigt – die Arbeit niedergelegt. Es ist eine erste, spontane Antwort auf die Drohung des Konzernchefs, noch mehr Anlagen stillzulegen und jetzt sogar bis zu 10.000 Arbeiter zu entlassen.

Da gerade keine Tarifverhandlungen sind, darf die Gewerkschaften bei TKS gesetzlich nicht zum Streik aufrufen. Denn es gilt die „Friedenspflicht“. Natürlich nur für die Arbeiter – die Unternehmer dürfen jederzeit angreifen. Bei TKS hat der Betriebsrat stattdessen „Informationsveranstaltungen“ am Tor angeboten. Und ganz viele Arbeiter sind sich gleichzeitig „informieren“ gegangen: und zwar sehr ausführlich, mehrere Stunden lang... wodurch die Produktion teilweise still stand.

Die Arbeiterbewegung hat in der Vergangenheit mit diesen und anderen Methoden schon häufiger die einseitigen Fesseln der „Friedenspflicht“ umgangen und gestreikt. Bei Opel haben sich 2004 alle Arbeiter gemeinsam sogar 6 Tage ununterbrochen beim Betriebsrat „informiert“. Methoden, die wir (angesichts der wieder zunehmenden Angriffe von Unternehmen und Regierung in der Krise) wohl wieder häufiger nutzen sollten und müssen – nicht nur bei Thyssenkrupp.



Bahn: Noch mehr Einsparungen

Mit der Bahn zu fahren hat mittlerweile wirklich was von Lotto spielen: Man weiß nie, wann man ankommt. Mal gibt es kein Personal, mal ist der Zug kaputt, mal sind die Gleise marode, mal die Brücke darunter, mal gibt es Signalstörungen, Baustellen, defekte Stellwerke... Ein Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn hat jetzt offen zugegeben, dass wegen der vielen Unwägbarkeiten die „Fahrpläne nicht mehr gerechnet, sondern nur noch geschätzt“ werden. Super Voraussetzungen für die Millionen Arbeitenden, die auf die Bahn angewiesen sind!

Alle geben zu, dass viel zu wenig Personal und viel zu wenig Geld für die Instandhaltung der Grund für das wachsende Chaos ist. Und doch will die Regierung weitere 30.000 Stellen abbauen und 4,5 Milliarden Euro (vor allem im Regionalverkehr) einsparen. Es gäbe halt kein Geld im Haushalt. Kein Wunder, nachdem er für Geschenke an Reiche und Konzerne sowie Ausgaben für Krieg und Rüstung geplündert wurde. Also weiter mit der Devise: Alles Nützliche kaputtsparen, bis es zusammenbricht.

Willkommen im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts!

Indien: Klinikstreik für Frauenrechte

In Indien haben über eine Million Beschäftigte des Gesundheitswesens gestreikt. Der Auslöser war, dass eine angehende Ärztin sich nach einer langen Schicht in einem öffentlich zugänglichen Seminarraum der Klinik zum Schlafen hingelegt hatte und dort (vermutlich von mehreren Männern) vergewaltigt und ermordet wurde. Was die Klinikleitung obendrein tagelang zu vertuschen versucht hat. Seitdem protestieren hunderttausende Arbeitende, Frauen und Männer, des Gesundheitswesens: Sie fordern eigene Wasch-, Umkleide und Aufenthaltsräume für Frauen.

Jede Viertelstunde wird in Indien eine neue Vergewaltigung gemeldet. In Wirklichkeit sind es noch viel mehr. Denn viele vergewaltigte Frauen melden sich gar nicht, weil sie wissen, dass sie von der korrupten, von Männern dominierten Polizei keine Hilfe zu erwarten haben – im Gegenteil. Die Arbeitenden im Gesundheitswesen versuchen lieber, mit ihrem Streik selber für sicherere Bedingungen zu sorgen.

Schulstart:

Ein gutes Geschäft

Der Schulstart ist eine verdammt teure Angelegenheit, und er wird immer teurer. Selbst die Preise für einfache Schulhefte sind seit zwei Jahren massiv gestiegen. Ein Schulranzen kostet mittlerweile zwischen 150 und 300 Euro, dazu noch ein Paar Sportschuhe... Ganz zu schweigen von höheren Klassen, wo immer häufiger die Anschaffung eines mehrere hundert Euro teuren iPads verlangt wird.

Viele Arbeiterfamilien, vor allem mit mehreren Kindern oder Alleinerziehende, müssen für all das monatelang Geld zurücklegen oder Schulden machen.

Das ist die Absurdität dieser Gesellschaft: Nicht zuletzt die Arbeiter*innen, die in den Läden die Schulsachen verkaufen, sie bei Amazon verpacken, sie per LKW transportieren oder ausliefern... können sie für ihre eigenen Kinder kaum noch bezahlen.

BMW: Hinter der schicken Fassade

Bei einem Sub-Unternehmen von BMW in Marokko streiken seit Mitte Juli hunderte Arbeiter gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen.

BMW lässt über diese Subfirma das Kobalt abbauen, das es für seine E-Autos braucht. Doch weil es jeden Arbeits- und Umweltschutz ignoriert, vergiftet es dabei sowohl die Bergleute wie die ganze Umgebung mit Arsen. Hinzu kommen regelmäßig schwere Arbeitsunfälle unter Tage. „Wenn man seine Schicht beginnt, umarmt man seinen Kollegen, weil man nie weiß, ob man ihn jemals wieder sieht“, sagt ein Arbeiter.

Wenn deutsche Medien BMW dazu befragten, hieß es nur „Kein Kommentar.“ Als nun 250 Arbeiter obendrein keinen Lohn bekommen haben, hat dies das Fass zum Überlaufen gebracht. Zu Hunderten sind sie seitdem gegen diese Bedingungen in den Streik getreten.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org